

[SBU erwartet Vernehmung von Abgeordneten und Ex-Beamten zu Charkiw-Abkommen](#)

15.08.2021

Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat eine Reihe von Personen zur Befragung in dem am 12. März 2021 eröffneten Strafverfahren wegen „Hochverrats“ (Teil 1 von Artikel 111 des Strafgesetzbuchs) vorgeladen. Unter ihnen befinden sich derzeitige und ehemalige Abgeordnete, ehemalige Minister und andere ehemalige hochrangige Beamte. Die Vorladungen werden auf der Website der SGE veröffentlicht.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Vesti](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat eine Reihe von Personen zur Befragung in dem am 12. März 2021 eröffneten Strafverfahren wegen „Hochverrats“ (Teil 1 von Artikel 111 des Strafgesetzbuchs) vorgeladen. Unter ihnen befinden sich derzeitige und ehemalige Abgeordnete, ehemalige Minister und andere ehemalige hochrangige Beamte. Die Vorladungen werden auf der Website der SGE veröffentlicht.

Insbesondere werden die Abgeordneten Jurij Bojko, Dmytro Schpenow und Witalij Bort, der ehemalige SBU-Chef Walerij Choroschkowskij, der ehemalige Justizminister Oleksandr Lawrynowytsch und der ehemalige Leiter des staatlichen Zolldienstes Ihor Kaletnik als Zeugen vorgeladen und befragt, Ex-Parlamentarierin Yuliya Kovalyova, der ehemalige Sprecher der Werchowna Rada Volodymyr Lytvyn und sein Bruder Mykola Lytvyn, der ehemalige Vorsitzende des staatlichen Grenzdienstes, Ex-Minister für Verkehr und Kommunikation Kostyantyn Yefimenko, Ex-Finanzminister Fedir Yaroshenko und andere.

Am 11. März beauftragte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat den ukrainischen Sicherheitsdienst, die Umstände des Abstimmungsverhaltens der sechsten Abgeordneten für die Vereinbarungen von Charkiw zu untersuchen und ein Strafverfahren nach Artikel 111 des ukrainischen Strafgesetzbuchs gegen sie einzuleiten, falls sich Anzeichen für Staatsverrat bestätigen.

Am 12. März erklärte der SBU, dass er eine Voruntersuchung zu den Umständen der Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens von 2010 über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf ukrainischem Hoheitsgebiet durch das Parlament eingeleitet habe.

Das Abkommen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation, das am 21. April 2010 in Charkiw vom damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew unterzeichnet wurde, sah eine Verlängerung des Aufenthalts der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation in Sewastopol von 2017 bis 2042 vor, mit einer automatischen Verlängerung um fünf Jahre, sofern keine der beiden Parteien Einspruch erhebt, und legte eine Pachtgebühr für den Aufenthalt der Flotte in Sewastopol fest.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 315

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.